

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. A.

Helles Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM mit Zustagen; einzelne Nummern 15 Pf.; Gemeinde-Verbands-Stromkonto Nr. 3; Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403 Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Pettzeile 20 Reichspfennige, Eingeladn und Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Selig Sebn. — Druck und Verlag: Carl Sebn in Dippoldiswalde.

Nr. 277

Freitag, am 28. November 1930

96. Jahrgang

Die Amtshauptmannschaft hat auf Grund von § 2 Absatz 3 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeverordnungsverordnung vom 24. September 1930 (Gesetzblatt Seite 121) in Verbindung mit § 174 Absatz 1 der Gemeindeordnung folgendes Ortsgesetz erlassen:

47. Nachtrag zur Gemeindeverordnungsverordnung für die Stadt Dippoldiswalde vom 17. Dezember 1914.

Die Stadt Dippoldiswalde erhebt im Rechnungsjahre 1930 eine Bürgersteuer nach den Bestimmungen im zweiten Abschnitt §§ 1 und 4 ff. der Verordnung des Reichspräsidenten zur Verbesserung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse vom 28. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt I Seite 311) in Verbindung mit den Durchführungsbestimmungen über Gemeindebürgersteuer, Gemeindebeitragssteuer und Bürgersteuer des Reichsministers der Finanzen vom 4. September 1930 (Reichsgesetzblatt I Seite 450) sowie in Verbindung mit der Gemeindeverordnungsverordnung vom 24. September 1930 (Gesetzblatt Seite 121) und hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen des Ministeriums des Innern.

In den Fällen des § 14 Absatz 1 Nr. 4 und § 15 Absatz 1 Satz 3 der Durchführungsbestimmungen des Reichsministers der Finanzen vom 4. September 1930 wird die Bürgersteuer gemäß § 18 Ziffer 2 der Reichsdurchführungsbestimmungen durch öffentliche Bekanntmachung allgemein angefordert.

Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1930 an in Kraft.

Dippoldiswalde, am 27. November 1930.
Die Amtshauptmannschaft.
v. d. Planitz.

Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Infolge der Straßenbauarbeiten auf der Gartenstraße ist der Fußgänger-Verkehr jetzt etwas schwierig. Man muß auf schmalen, abgegrenztem Fußweg bald auf der rechten, bald auf der linken Seite seinem Ziele zustreben. In vergangener Nacht haben nun Spatzvögel diesen Weg anscheinend für wenig gut gehalten und gemeint, daß ein Flugzeugverkehr vorzuziehen ist. Als Richtungszeichen für Luftfahrer hatten sie eine der Sicherheitslampen am Fahnenmast eines Privatgrundstücks hochgezogen. Heute früh mußten sich Arbeiter viel Mühe geben, die Laterne von jener höchsten Spitze wieder herabzuholen.

Dippoldiswalde. Im Herbst pflegt vom hiesigen Frauenmissionsverein ein Missionsabend größeren Stiles veranstaltet zu werden, der sich immer eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Dieses Jahr hat er bis in die Adventszeit verschoben werden müssen, findet aber nun am nächsten Montag, dem 1. Dezember, abends 1/28 Uhr, in der „Reichstrone“ statt. Zunächst werden lebende Bilder und Szenen aus dem Missionsleben dargestellt werden. Hierfür hat das Missionshaus indische und afrikanische Originalgewänder von unseren Missionsfeldern draußen zur Verfügung gestellt, wodurch die Bilder einen ganz besonderen, eigenartigen Wert bekommen werden. Im zweiten Teil wird Pfarrer Müller einen Vortrag über „Albert Schweitzer, sein Leben und sein Werk“ halten. Albert Schweitzer, der Arzt und Professor, der seine Professur in Strahburg oblegte und zu den Kongonern in Zentralafrika ging, ihnen in ihrem Elend zu helfen, leiblich und seelisch, der Gelehrte und Bach-Kenner, dessen Schriften weithin berühmt geworden sind, eine interessante Persönlichkeit dieser Albert Schweitzer — von ihm wird Pfarrer Müller bei diesem Missionsabend erzählen. Im übrigen verläuft der Abend in hergebrachter Weise; Frauenhände weisen ihn immer in so schöner Weise auszugestalten.

Die Gläubiger von Hypotheken (auch von Grund- und Rentenschulden sowie Reallasten), die im Grundbuche noch in Papiermark oder einer anderen nicht mehr geltenden Währung eingetragen sind, werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß solche Renten erlöschen und von amtswegen im Grundbuche gelöscht werden, wenn nicht bis zum 31. März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamte beantragt wird, den Aufwertungsbetrag in Goldmark oder Reichsmark im Grundbuche einzutragen. Auch die Wiedereintragung eines gelöschten oder abgetretenen Rechtes dieser Art, die unter gewissen Voraussetzungen nach dem Aufwertungsgefeß zulässig ist, kann nur bis zum genannten Tage beantragt werden. Es wird dringend empfohlen, den Antrag bald zu stellen und nicht bis zum Ende der Frist zu warten. Der Antrag kann schriftlich oder zu Protokoll des Grundbuchamtes gestellt werden, und zwar nicht nur vom Gläubiger, sondern auch vom Grundstückselgentümer oder von jedem Dritten, der an der Eintragung ein rechtliches Interesse hat. Kosten werden für die Eintragung nicht erhoben. Selbstverständlich bedarf es einer Antragstellung dann nicht, wenn dem Gläu-

Reichsregierung und Polen-Terror

Behandlung vor der ordentlichen Ratstagung im Januar.

Berlin, 28. November

Ueber die Kabinettsitzung vom Mittwoch wird noch mitgeteilt, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius einen eingehenden Bericht über das dem Auswärtigen Amt vorliegende Material zu den polnischen Terrorakten gegen Deutsche in Ostoberschlesien erstattete.

Nach eingehender Prüfung der Rechtslage und der Zweckmäßigkeitsgründe hat das Reichskabinett in vorgezogener Nachtstunde beschlossen, auf die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates zu verzichten und dafür die Behandlung der polnischen Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien auf der nächsten ordnungsmäßigen Ratstagung zu verlangen, die am 15. Januar beginnt. Dieser Entschluß hat seinen Grund darin, daß die außerordentliche Tagung infolge des schwerfälligen Verfahrens, das die Völkerbundstagung vorschreibt, ungefähr in die Weihnachtszeit fallen würde. Praktisch hätte ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung die Vorverlegung der Januartagung bedeutet. Das Reichskabinett wollte vermeiden, sich einer Ablehnung auszuweichen, die der Wirksamkeit der deutschen Botschafter nur abträglich wäre. Der Generalsekretär müßte nämlich erst das Einverständnis der Hauptnationen einholen. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung es für richtiger gehalten, den Weg der ordentlichen Tagung zu gehen.

Die deutsche Note

Die Note behandelt, wie wir hören, sehr eingehend alle die einzelnen Fälle von Vergewaltigungen, die das Material des Berichtes des Generalkonsuls bildeten. Infolgedessen umfaßt die Note nicht weniger als 30 Schreibmaschinenseiten. Sie verlangt die Behandlung der Angelegenheit in der Januar-Tagung des Völkerbundsrates, auf der voraussichtlich die Außenminister der anderen Staaten selbst zugegen sein werden. Es kommt hinzu, daß in der ordentlichen Tagung des Völkerbundsrates das ganze Problem des Minderheitenschutzes und der Minderheitenverträge zur Erörterung gestellt werden könnte. Dies ist der erste Fall, in dem von deutscher Seite die Behandlung der Minderheitenfragen im Völkerbundsrat zur Erörterung gestellt wird. In den früheren Fällen hat sich die deutsche Delegation nur den Anregungen von anderer Seite angeschlossen.

Die deutsche Note ist im Laufe des Donnerstag abgegangen, wird also voraussichtlich am heutigen Freitag nach ihrem Eintreffen in Genf, veröffentlicht werden. Sie wird sich, damit der deutsche Schritt keine Verzögerung erleidet, vorbehalten, die Einzelheiten der Vorgänge noch nachzutragen. Es ist anzunehmen, daß gleichzeitig auch noch diplomatische Schritte eingeleitet werden, um der Beschwerde den nötigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem werden die Ereignisse in Pommerellen Gegenstand einer besonderen Beschwerde der deutschen Minderheit sein, der sich die Reichsregierung gewissermaßen als Nebentatlage anschließt. Beide Beschwerden werden im Januar gemeinsam vor den Rat kommen.

Es ist zu hoffen, daß nunmehr der deutsche Standpunkt mit voller Entschiedenheit im Völkerbundsrat vertreten werden kann, in dem das ganze Volk hinter der Reichsregierung steht.

Große Erregung in Oberschlesien

Angeichts der Erregung, die sich der Bevölkerung in Oberschlesien infolge der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien bemächtigt hat, sieht sich der Polizeipräsident des Industriebezirks veranlaßt, folgenden Aufruf zu erlassen: Ich bitte die Bevölkerung des ober-schlesischen Industriebezirks dringend, sich auf keinen Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gesinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinreiß zu lassen. Jede derartige Handlung würde den Er-

biger kein Anspruch mehr zusteht, wenn z. B. der Aufwertungsbetrag der Hypothek inzwischen zurückgezahlt worden ist: in solchen Fällen würde die Eintragung der Aufwertung nur dazu führen, daß die Löschung des Rechtes besonders bewilligt und beantragt werden muß und dadurch wieder Kosten entstehen.

Hirschbach. Seit Dienstag, 25. November, abends gegen 8 Uhr ist der am 10. 7. 08 hier geborene und hier in Stellung befindliche Fleischergefeße Erich Ulrich nach einem Ausritt mit seinem Arbeitgeber abgängig. U. ist in seinem Hausanzug fortgelaufen. Es wird vermutet, daß er umherirrt oder sich ein Leid angetan hat. Bei Antreffen wird um Nachricht an das Gemeindeamt Hirschbach gebeten.

Schellerhan. Auch hier wurde, und zwar in der Nacht zum Donnerstag, in das Pfarramt eingehoben. Nachdem

folgt der von unserer Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährden. Jede derartige Handlung würde aber vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder auf das schwerste gefährden. Bei allem Verständnis für die Erbitterung, welche alle Kreise der Bevölkerung erfüllen muß, halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ich für die Sicherheit des ober-schlesischen Industriebezirks verantwortlich bin und daß die mir unterstellten Polizeibeamten die Pflicht haben, auf das allerhöchste gegen jede Ruhestörung vorzugehen.

Und was tun die polnischen Behörden zum Schutze der deutschen Minderheit? Sie hegen und tyrannisieren weiter!

Dr. Wirth unterrichtet sich in Oberschlesien

Der Reichsinnenminister Dr. Wirth ist am Donnerstag zusammen mit dem Vertreter der preussischen Regierung, Staatssekretär Dr. Heegg nach Oberschlesien gereist, um mit den deutschen Kreisen dort Fühlung zu nehmen und besonders den Oberpräsidenten Dr. Luskasch zu sprechen. Die Gerüchte, als ob schon diesseits der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien sich Unruhen in der deutschen Bevölkerung bemerkbar gemacht haben, stellen sich als unrichtig heraus. Die Aufklärungen, die der Reichsinnenminister der deutschen ober-schlesischen Bevölkerung über die Maßnahmen der Reichsregierung geben kann, dürfen dazu beitragen, die Bevölkerung zu beruhigen und vor Unbesonnenheiten zu bewahren.

Polen fabriziert Gegenmaterial

Neuer Ueberfall auf Deutsche

Warschau, 28. November

Der polnische Außenminister hat, wie verlautet, den polnischen Generalkonsul in Weissen zur Berichterstattung nach Warschau berufen. Ein polnisches Regierungsblatt erklärt hierzu, daß der polnische Generalkonsul dem polnischen Außenminister Gegenmaterial über den Terror gegen die polnische Minderheit in Westoberschlesien beibringen sollte. Die polnische Regierungspresse schäumt über die deutschen Veröffentlichungen zu den polnischen Ausschreitungen. Sie weiß nichts Besseres zu tun, als scharfe und drohende Ausfälle gegen Deutschland zu richten.

Wie wenig die polnischen Behörden bestrebt sind, den kuffständischen- und Terrorbanden entgegenzutreten, geht aus einer Meldung aus Thorn hervor,

wo mehrere Polen in das „Deutsche Heim“ eindringen und drei dort anwesende polnische Staatsbürger deutscher Nationalität schwer mißhandelten.

Als die Deutschen sich zur Wehr setzten, hielten die Eindringlinge 5 Mann zu ihrer Verstärkung heran, die sich bereits im Hintergrund gehalten hatten. Ein Deutscher wurde schwer verletzt, die beiden anderen kamen mit leichten Verwundungen davon. Das ganze Lokal wurde zerstört. Die Polizei erschien, wie üblich, erst, nachdem die Täter unbeteiligt entkommen waren. Angeblich soll es gelungen sein, einen der beteiligten Polen festzunehmen. Der deutsche Konsul in Thorn hat sofort an Ort und Stelle die entsprechenden Feststellungen über den Ueberfall und die Verstärkungen getroffen.

Weinlicher Eindrud in Genf

Genf, 28. November

Die Ankündigung einer deutschen Note zu den Blut- und Terrorakten der Polen gegen die deutsche Minderheit hat in hiesigen Völkerbundskreisen um so mehr starken Eindruck gemacht, als man über die Vorfälle und das völlige Versagen der polnischen Behörden äußerst peinlich berührt ist. Man ist sich in Genf darüber klar, daß die Brutalitäten Polens gegen seine Minderheiten die ohnehin gespannte politische Lage weiter erschweren müssen.

Wetter für morgen:

Zeitweise etwas auffrischende Winde aus südlichen Richtungen; nur vorübergehend stark bewölkt; örtlich Nebelbildung; Temperatur-Verhältnisse wenig geändert, höchstens unbedeutlicher Niederschlag.